Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 42 (1948)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau (ohne Verantwortung der Redaktion) : Wende zum Guten? ; Der Westbund ; Das sozialistische Dilemma ; Amerika ; England ; Deutschland ; Tschechoslowakei ; Italien ; Frankreich ; Palästina ; Die notwendige Revolution

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139098

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

haupt wünschenswert, wenn die internationalen Beziehungen auch mit Frankreich ein wenig gepflegt würden. Ich persönlich habe die aufgenommenen Beziehungen als eine Bereicherung empfunden.

B. Wicke.

Weltrundschau

(ohne Verantwortung der Redaktion)

Wende zum Guten? In der gleichen Stunde, da ich begann, mir den Plan für die Mai-Rundschau zurechtzulegen und meinen Stoff zu ordnen, kam durch das Radio die große Nachricht, die *amerikanische Regierung* habe der *russischen* vorgeschlagen, die zwischen ihnen stehenden Streitfragen durch eine *Generalverständigung* zu lösen, und die Sowjetunion habe diesen Vorschlag angenommen. So wenigstens mußte man es nach der ersten Meldung auffassen[1]. Ich hatte ursprünglich meine Chronik mit der Feststellung einleiten wollen, daß die russisch-amerikanischen Beziehungen neuestens eine leichte Entspannung erkennen ließen, die namentlich aus den letzten Reden Marshalls und Bevins, aber auch aus dem ganzen Verhalten der Russen (von Berlin vielleicht abgesehen) herauszuspüren sei, und hatte dann beizufügen gedacht, daß irgendein Zwischenfall die Leidenschaften abermals entfachen könne und deshalb die Herstellung eines modus vivendi nach wie vor dringend notwendig sei, so wie ich das schon in der April-Rundschau erwartet hatte, als ich schrieb: «Die Wahrscheinlichkeit, daß die gegenwärtige Krise überwunden wird und es zu einer Art *Abgrenzung der beiderseitigen Interessenzonen* kommt, die der Welt eine Gnadenfrist gäbe, ist viel größer als das Gegenteil.»

Und nun, so durfte man also freudig erregt vernehmen, ist eine solche «Grenzbereinigung» überraschenderweise bereits angebahnt worden, ja die beiden Partner sind sich sogar schon einig darüber geworden, daß eine west-östliche Gesamtvereinbarung völlig unausweichbar sei, solle ein Zusammenstoß der beiden großen Machtblöcke verhindert werden. War das jetzt der Anfang jener großen Wende der Weltpolitik, die wir erhofft und ersehnt hatten, das erste Anzeichen jenes Pfingstwunders, das allein noch die Völker vor einer neuen Katastrophe zu retten vermag?

---

[1] Der Wortlaut der amerikanischen Note vom 4. Mai ist in dieser Hinsicht durchaus klar. Ihr Kern besteht in der Feststellung, daß «soweit die Vereinigten Staaten in Betracht kommen, die Tür für eine Erörterung und Beilegung unserer Streitfragen immer offen bleibt». Und sie betonte ausdrücklich, die Sowjetunion werde «auf unserer Seite keinen Mangel an Bereitschaft und Verlangen antreffen, unseren Beitrag zu der Sache einer Stabilisierung der Weltverhältnisse zu leisten, die mit der Sicherheit des Sowjetvolkes völlig vereinbar ist». Kann eine Einladung zur Eröffnung von Verhandlungen zwischen zwei Staaten *noch* klarer sein?

Die Moskauer Botschaft *hätte* das bedeuten können, und sie *kann* es noch immer bedeuten. Aber zunächst ist es noch nicht so weit. Wir müssen heute einfach feststellen, daß – wie wenn eine böse Macht am Werke wäre – auf die sich schon öffnenden Friedensblüten ein verderblicher, erkältender Reif gefallen ist. Den ersten Fehler machten die Russen, indem sie die amerikanische Anregung sofort an die große Glocke hängten und damit als Genugtuung für die Sowjetunion kennzeichnen wollten. Das *mußte* in Amerika Verstimmung und bei seinen Alliierten Argwohn wecken, und unglückseligerweise ließ sich die Washingtoner Regierung durch die negative Reaktion einer eben ohnehin der Sowjetunion feindlich gesinnten öffentlichen Meinung dazu bestimmen, nachträglich jede Absicht einer russisch-amerikanischen Sonderverhandlung überhaupt zu leugnen und dem Schritt ihres Botschafters in Moskau eine völlig «harmlose» Auslegung zu geben. Wenn die Sowjetunion das wünsche – so lautete die kühle Feststellung Marshalls –, so könne sie ja auf dem üblichen Weg über den Sicherheitsrat, die alliierte Kontrollkommission usw. *ihrerseits* bestimmte Vorschläge machen; andernfalls sei der Zwischenfall, dem man eine ganz übertriebene und irrige Bedeutung zugemessen habe, eben erledigt.

Das Verhalten der amerikanischen Diplomatie ist gewiß erklärlich, aber dennoch höchst bedauerlich, ja unverantwortlich. Denn was auch Moskau gefehlt haben mag: es hat sich unzweideutig auf eine Bereitschaft zu Verhandlungen über eine Generalverständigung zwischen Amerika und der Sowjetunion festgelegt, nachdem ihm Washington solch ausgesprochene Avancen gemacht; es zeigte sich willens, mit der führenden Macht des Westblocks direkt ins Gespräch zu kommen, und an Amerika wäre es nun gewesen, dem Druck der Alliierten und der eigenen Scharfmacher widerstehend, die Sowjetregierung beim Wort zu nehmen und ihre Verhandlungsgeneigtheit fruchtbar zu machen. Statt dessen drohen nun Mißtrauen und Prestigerücksichten den auf *beiden* Seiten bekundeten guten Willen wieder zu ersticken, und wenn man nicht überhaupt an den redlichen Absichten zweifeln will, die Amerika mit seinem Schritt verfolgt zu haben erklärt, so muß man eben zur Kenntnis nehmen, daß in den Vereinigten Staaten aufs neue diejenige Strömung Oberhand gewonnen hat, die mit der Begründung, man wolle kein «appeasement», keinen faulen Frieden, eine Verständigung, die wirklich eine solche wäre und nicht auf die Unterwerfung der einen Seite unter die andere hinausliefe, ablehnt und dem angeblich «unvermeidlichen» offenen Zusammenstoß, das heißt dem Präventivkrieg, zutreibt.

Dennoch dürfen wir sagen: Es ist keineswegs alles verloren. Aus dieser ganzen Lage heraus kann trotzdem die Wendung zum Guten kommen, die den Frieden retten wird. Der ersten, verunglückten Fühlungnahme kann eine zweite folgen, die nicht gleich wieder dem Miß-

brauch und dem Ansturm aller bösen Geister ausgesetzt, vielmehr von beiden Seiten mit dem festen Willen unternommen würde, greifbare Ergebnisse zu erzielen[1]. Wir können auf jeden Fall nur mit der ganzen Kraft unserer Seele wünschen, die scheinbar abgerissenen Fäden möchten neu angeknüpft werden, und es möchte sich daraus dann wirklich jenes anständige, wenn auch zunächst vorsichtige Nebeneinander der beiden großen Weltreiche entwickeln, aus dem im weitern Verlauf ein vertrauensvolles *Miteinander* und damit die Grundlage für eine allgemeine Friedensordnung unter den Völkern erwachsen könne.

Der Westbund Die amerikanische Regierung hat es schon in ihrer ersten Note an Rußland von vornherein klargemacht, daß sie ihren bisherigen außenpolitischen Kurs auf jeden Fall «energisch fortzusetzen» entschlossen sei. Das will namentlich auch heißen, daß ihre Intervention in Europa, ihre Absicht, Westeuropa mit amerikanischer Hilfe zu einigen, von der Sowjetunion als vollendete Tatsache angenommen werden müsse, wenn die erstrebte Grenzbereinigung zustande kommen solle. Damit muß man sich in der Tat vorerst abfinden. Wie die Brüder Alsop in der Neuyorker «Saturday Evening Post» unter dem Titel «Muß Amerika die Welt retten?» darlegen, sind die Vereinigten Staaten jetzt damit beschäftigt, «ausländische Regierungen zu sprengen oder aufzubauen». Als bezeichnendes Beispiel dieser Politik nennen die Verfasser Griechenland; aber auch in Frankreich und Italien habe Amerika mitgeholfen, die Kommunisten aus der Regierung hinauszudrängen und zu einer ohnmächtigen Oppositionsgruppe zu degradieren. In der Tschechoslowakei ist der Schuß allerdings hinten hinaus gegangen; dagegen wird in Westdeutschland die Bildung der neuen Regierung sicher plangemäß verlaufen, und die britische Regierung richtet ja ihre Haltung ohnehin mehr und mehr auf Amerika aus. Kurz, Westeuropa organisiert sich tatsächlich ebenso offenkundig wie systematisch unter amerikanischer Führung, nicht zuletzt infolge der Fehler der russischen Politik, die die Länder des Brüsseler Paktes stärker, als sie ursprünglich gewollt, in Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten gebracht haben. Der Marshall-Plan, der die amerikanische Hilfe nur kommunistenreinen Regierungen zukommen läßt, ist darum in voller Entfaltung begriffen,

---

[1] Ja, nach der soeben bekanntgegebenen Antwort *Stalins* an Henry Wallace, die hinter Molotows schon offen bekundete Bereitschaft zur Beendigung des «kalten Krieges» die höchste Autorität der Sowjetunion stellt, *muß* eine zweite Fühlungnahme sogar folgen, soll Amerika nicht schwere Schuld auf sich laden. An Prozedurfragen und Prestigeerwägungen, wie man sie jetzt in Amerika — und sonstwo — neuerdings in den Vordergrund schiebt, um vom Kern der Sache abzulenken und einen Vorwand für die Ignorierung von Stalins Angebot zu finden, *darf* doch die Einleitung direkter russisch-amerikanischer Verhandlungen nicht scheitern!

und der Westbund strebt bereits nach Erweiterung auf die nord- und südeuropäischen Länder. Noch herrscht zwar keine Übereinstimmung unter den Alliierten über die Bedingungen, unter denen auch Deutschland in den Bund einzubeziehen sei, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß sich zuletzt der Wille Amerikas auch hier durchsetzen wird, besonders wenn sich die Vereinigten Staaten förmlich bereit erklären sollten, als Gegenleistung für ein Einlenken der Westbundländer ihre ganze militärische Kraft hinter sie zu stellen und einen Angriff auf einen von ihnen als Angriff auf sie selbst zu behandeln. Die Besprechungen darüber gehen zurzeit hin und her, und besonders in der englischen Presse wird lebhaft darüber spekuliert, wie es wohl herauskommen werde, wenn sich etwa die russischen Armeen nach Westen in Bewegung setzen sollten, und was vorgekehrt werden müsse, um einer solchen Gefahr mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten (Anlegung einer Art Maginotlinie von Lübeck bis Triest, mit einer ständig bereiten Besatzung von schätzungsweise zwei Millionen Mann, usw.).

Für die bürgerlich-konservative Welt bietet diese ganze Lage innerlich keine Schwierigkeiten; das «neue» Europa, das hier geschaffen werden soll, ist ja, wenn wir auf seine soziale Struktur achten, durchaus das *alte* mit seinen bisherigen wirtschaftlichen Ordnungen und Unordnungen, mit seinen überlieferten Nationalismen und seinem verderblichen Militarismus; ja es ist geradezu der Hauptzweck des amerikanischen Eingreifens, das bürgerlich-kapitalistische Regime in Westeuropa, das sonst zerfallen müßte, zu erhalten und wieder lebensfähig zu machen, in größerem Rahmen freilich, im ausgesprochen kontinentalen Stil, so daß Westeuropa eine politisch-wirtschaftliche Einheit in der Art der Vereinigten Staaten bilden würde und endlich einmal wenigstens aus seiner grauenhaften Kleinstaaterei herauskäme. Auch das könnte ein großer Fortschritt sein, der auf höherer Stufe etwas Ähnliches bedeutete wie vor hundert Jahren die Schaffung eines gemein-schweizerischen Staatsgebildes und Wirtschaftsraumes im kleinen, obschon es sich in Europa vorläufig nur um einen lockeren Staatenbund handeln könnte, nicht um einen eigentlichen, übernationalen Bundesstaat. Aber freilich: ein Fortschritt, der mit schwersten Nachteilen erkauft wäre!

Denn die entscheidende Leistung, die wir von einem europäischen Bund erwarten müssen, die könnte *jenes* All-Europa – sagen wir: das Churchill-Europa – nicht vollbringen: die *friedliche Einigung* seiner Völker auf dem Boden einer *sozialistischen Ordnung*. Daß die Errichtung eines schweizerischen Bundesstaates der große Erfolg geworden ist, der in diesen Wochen der Jahrhundertfeiern immer wieder rühmend und mit Recht hervorgehoben wird, das liegt ja vor allem daran, daß der weitere politische Rahmen, der damals gezimmert worden

ist, mit einem gesellschaftlichen Inhalt erfüllt wurde, wie er den Notwendigkeiten der Zeit entsprach. Es war die bürgerlich-liberale Gesellschaft und Wirtschaft, die sich in der Schweiz diesen größeren Rahmen schuf, um darin ihre jungen, drängenden Kräfte zu entfalten, und die in dieser Form die Revolution der *damaligen* Zeit vollführte; wo diese Revolution scheiterte oder auf halbem Wege stecken blieb wie in Deutschland und Italien und erst recht in Rußland, da hatte auch die politische Einigung nicht die glücklichen Ergebnisse, die sich in der Eidgenossenschaft einstellten, da diente sie vielmehr zuletzt nur wieder den alten feudal-absolutistischen Mächten, die an der Herrschaft blieben und in Verbindung mit den kapitalistisch-imperialistischen Kräften die Welt zweimal in die fürchterlichste Kriegskatastrophe stürzten. So droht auch jetzt ein politisch geeinigtes Europa, das den neuen Feudalismus und Absolutismus, wie er auf dem Boden des Monopolkapitalismus entstanden ist, konservierte, wieder zum Unheil auszuschlagen, statt daß es, den Notwendigkeiten der *heutigen* Zeit entsprechend, den Rahmen für ein sozialistisches Europa abgäbe, das den Gegensatz zwischen östlicher und westlicher Welt wenn nicht aufheben, so doch entscheidend mildern und für den Frieden ungefährlich machen könnte.

Das sozialistische Dilemma

Die westeuropäischen Sozialisten sehen sich unter diesen Umständen vor ein schwieriges Dilemma gestellt. Sie gehören einerseits der freiheitlich-humanistischen Welt an, die auf dem Boden des Abendlandes in schwersten, opferreichsten Kämpfen entstanden ist, und würden ein Stück ihres Wesens verleugnen, wollten sie diesen Zusammenhang zerschneiden. Sie würden aber anderseits nicht weniger offen von sich selber abfallen, wenn sie um der vermeintlichen Erhaltung der persönlichen und politischen Freiheitsrechte willen den revolutionären Kampf für eine neue wirtschaftliche Ordnung und für die Überwindung des Kapitalismus in den Hintergrund stellten, zumal der moderne Kapitalismus jene Freiheitsrechte mehr und mehr entwertet und die Demokratie, die einmal als Revolution kam, in wachsendem Maße – wie das Christentum auch – zur *Verhinderung* der Revolution *unserer* Zeit mißbraucht. Wie soll sich also der Sozialismus gegenüber dem werdenden Westeuropa verhalten, das zwar die Verteidigung der Demokratie auf seine Fahnen geschrieben hat, zugleich aber auch das kapitalistische Regime verteidigen und neu befestigen will und sich *darum* planmäßig für den Kampf gegen das kommunistische Osteuropa organisiert, in dem es keineswegs nur die Verkörperung von Zwang und Diktatur sieht, sondern vor allem die wirtschaftliche und soziale Revolution ablehnt, eine Sache also, die der westliche Sozialismus par définition gerade bejahen muß?

Die Frage stellt sich mit besonderer Eindringlichkeit für den *britischen* Sozialismus, hat doch die Labourregierung unter Führung Bevins – den freilich niemand als Sozialisten ansprechen wird – die Idee des Marshall-Planes und der westeuropäischen Föderation mit besonderem Eifer aufgegriffen. «Wie kann da», so fragt der «New Statesman», «in einer Zeit, wo die reaktionären Kräfte wieder ausgesprochen an Stärke gewinnen, die Labourpartei die Führung bei der Sprengung von Volksfronten übernehmen und von den europäischen Sozialisten eine unabhängige Stellung zwischen den kämpfenden Weltanschauungen verlangen? Und wie läßt sich diese Unabhängigkeit sozialistischer Parteien vereinbaren mit der zugestandenen Abhängigkeit der Brüsseler Mächte von der Militärkraft und der Wirtschaftshilfe Amerikas und mit der Teilnahme britischer Sozialisten an der Haager Konferenz?»

Die Antwort, die das Londoner Blatt selbst gibt, ist ein – wenn auch sichtlich verlegenes – Plädoyer für die angeblich trotz allem notwendige Zusammenarbeit der Labourpartei mit Regierungen, «die noch weniger am Sozialismus interessiert sind als Churchill», und gegen jede Gemeinschaft mit den Kommunisten zum Zwecke des Kampfes für den Sozialismus:

«Wenn es auch zwischen 1933 und 1945 richtig und nötig war, die Einheit der proletarischen Aktion im Widerstand gegen den Faschismus anzunehmen, so ist doch die Zusammenarbeit mit Kommunisten in einer Regierung ein Risiko, das heute kein Sozialist übernehmen kann. Die Geschichte Osteuropas, die in dem kommunistischen Staatsstreich in Prag gipfelt, zeigt, daß sich die Sozialisten in einer von Kommunisten beherrschten Koalition nicht behaupten können; wenn sie aber, wie in England und Oesterreich, die Stärkeren sind, dann brauchen sie die Kommunisten gar nicht im Kabinett ... In einer revolutionären Lage wird derjenige, der an die parlamentarische Demokratie glaubt, immer von einem Regierungskollegen geschlagen werden, für den — sei er nun Faschist oder Kommunist — das Parlament nur eine bürgerliche Spielerei ist. Im Untergrundkampf gegen den Bedrücker war die Einheit möglich; bei der Aufrichtung einer standfesten demokratischen Regierung ist sie es nicht.»

Darum: Keine Angst vor Koalitionen auch mit reaktionären Parteien wie der CDU in Deutschland oder den italienischen Klerikalen um de Gasperi, und namentlich kein Verzicht auf Teilnahme an einem Westblock, auch wenn er konservativ orientiert und vom kapitalistischen Amerika finanziert ist!

Aber dafür – muß man folgern – vorläufiger Verzicht auf ein *sozialistisches* Europa, auch wenn nach der Meinung des «New Statesman» ein solches Europa als *Endziel* weiterhin bestehen bleiben soll, und Eingliederung in das amerikanische Weltsystem, das für alle absehbare Zeit die Vorherrschaft des «freien Unternehmertums» bedeutet und zu diesem Zweck auch die Unterstützung der reaktionärsten Regierungen und Bewegungen – Perón und Franco, de Gaulle und de Gasperi, Tsaldaris und Inönü, Tschiang Kai-Shek und ähnliche Frei-

heitsfreunde sind ja die erklärten Lieblinge des gegenwärtigen Regimes in Amerika – in Kauf nimmt, wenn damit nur die Sowjetunion und der Kommunismus in Schach gehalten werden können! Das ist natürlich auch eine Haltung. Aber dient man damit wahrhaft dem Sozialismus? Ist das nicht eher Preisgabe des Sozialismus und Auslieferung an die kapitalistische Welt, der man sich in die Arme wirft, um nicht vom Kommunismus aufgefressen zu werden – Selbstmord aus Angst vor dem Tod? Wenn man sich aber stark genug fühlt, um sich gegenüber den reaktionären Kräften durchzusetzen, warum nicht auch gegenüber den Kommunisten? Was hätte ein Sozialismus zu fürchten, der an revolutionärem Kampfwillen hinter dem Kommunismus nicht zurückstünde, aber ihn an Willen zur freiheitlichen Gestaltung der neuen Ordnung klar überträfe?

Amerika Vor einer einseitigen Bindung an den Westblock sollte die europäischen Sozialisten auch die bedenkliche Entwicklung der inneramerikanischen Politik warnen. Denn das *jetzt* maßgebende Amerika ist ja nicht dasjenige, das Wilson und Roosevelt in den Kampf für die Rettung der Freiheit in Europa geführt haben; es steht vielmehr in schärfstem Gegensatz zu diesem *andern* Amerika, insbesondere auch zu dem ganzen Werk Roosevelts, das es seit dem Tode des großen Präsidenten Stück um Stück zerstört hat, soweit es überhaupt zerstört werden *konnte*. Zerstört haben die nun wieder obenaufgekommenen reaktionären Mächte besonders auch die fortschrittliche *Gewerkschaftsgesetzgebung* der New-Deal-Zeit, an deren Stelle sie jenes bösartige, nach den Herren Taft und Hartley genannte Machwerk gesetzt haben, mit dessen Hilfe, in Verbindung mit den noch bestehenden Kriegsvollmachten, jetzt die neuaufflammenden, durch die wachsende Teuerung hervorgerufenen Streikbewegungen gebrochen werden: in der Kohlenindustrie, bei den Eisenbahnen, in den Schlachthäusern und Konservenfabriken, bald wahrscheinlich auch in der Stahl- und in der Automobilindustrie. Wie windig es mit der Organisationsfreiheit unter diesem Regime bestellt ist, mag aus dem Brief eines amerikanischen Gewerkschaftsfunktionärs hervorgehen, der dem «Öffentlichen Dienst» zugegangen ist, und in dem es heißt:

«Wenn ich versuchte, Flugblätter zu verteilen, so würde mich die Polizei des Unternehmens prompt wegschicken. Es ist sogar schwer, die Arbeiter auf dem Weg über die Post zu erreichen. Als ich Einladungszirkulare auf diesem Wege zustellen lassen wollte, gab der Briefträger das ganze Bündel in der Fabrik ab, so daß das Unternehmen aus den Adressen ersehen konnte, welche Arbeiter der Gewerkschaft angehören ... In einem Falle ist dem Vertreter der Gewerkschaft mitgeteilt worden, daß es eine Verordnung gebe, die besagt, ein Organisator müsse für eine Lizenz 2500 Dollar bezahlen. ‚Wenn Sie den Betrag nicht zahlen oder die Stadt nicht sofort verlassen', sagte der Ortsgewaltige, ‚werde ich Sie ins Gefängnis werfen!' Wenn ein Arbeiter wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit entlassen worden ist, wird er, auch wenn er sich nach einem andern Ort begibt, schwerlich wieder

einen Arbeitsplatz finden können. Unter dem Vorwand, daß er nicht wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit, sondern wegen angeblich schlechter Arbeit entlassen worden sei, wird er oft nicht einmal die Arbeitslosenunterstützung erhalten.»

«Ob ein Staat», so bemerkt dazu der «Öffentliche Dienst», «welcher eine derartige wirtschaftliche Diktatur zuläßt, berechtigt ist, andern Ländern Unfreiheit vorzuwerfen, diese Frage zu beantworten überlassen wir unsern Lesern.»

Und wie steht es mit der *Pressefreiheit* in den Vereinigten Staaten? Kingsley *Martin*, der Chefredakteur des gewiß nicht amerikafeindlichen «New Statesman», stellte dazu kürzlich fest:

«Östlich vom Eisernen Vorhang gibt es kein Recht, die Wahrheit zu veröffentlichen. In Amerika anderseits besteht dieses Recht, aber es ist eng begrenzt. In unserem Land, wo die Presse nur eine ‚Tendenz zum Monopol' hat, weiß man so wenig wie meistens in den Vereinigten Staaten selbst, in welchem Grade die Presse und das Radio in Amerika unter der absoluten Herrschaft einer Handvoll Großkapitalisten und ihrer Geschäftskollegen stehen ... Ich weiß etwas von diesen Männern; viele von ihnen kümmern sich so wenig um die Freiheit und haben so wenig Gewissensbedenken im Kampf um die Macht wie diejenigen, die vom Kreml aus befehlen. Und warum besteht dieser Sachverhalt in Amerika? Warum wissen weder die Amerikaner noch wir etwas von diesen vernichtenden amtlichen Berichten (die George Seldes in seinem Buch über die ‚Tausend Amerikaner', welche Wirtschaft und Staat der Union beherrschen, ans Licht zieht)? Weil die Tausend Amerikaner direkt oder indirekt auch fast die ganze Presse und die meisten Radiosendungen in den Vereinigten Staaten beherrschen[1].»

Wie unendlich schwer es unter solchen Umständen in Amerika eine wirkliche Oppositionsbewegung hat, auch nur an die Menschen heranzukommen, das erfährt gegenwärtig in besonders drastischer Weise die *«Neue Partei»*, die sich gebildet hat, um die Präsidentschaftskandidatur von Henry Wallace zu unterstützen. Ein brutaler Terror sucht sie einfach zu ersticken. Presse und Radio entstellen ihre Absichten schamlos und prangern ihre Vertrauensleute durch Veröffentlichung ganzer Listen von Wallace-Anhängern als Kommunisten oder Kryptokommunisten an. Geschäftsleute, die für Wallace sind, werden boykottiert, Angestellte entlassen, Säle abgetrieben, Versammlungen gesprengt; in Evansville (Indiana) wurde letzthin Dr. George Parker, Professor der Theologie und Philosophie am dortigen College,

---

[1] Zum Thema Geld und Demokratie sei auch noch eine Stelle aus einem Artikel des Generals a. D. Paul *von Schönaich* in der Berliner «Weltbühne» (vom 27. April 1948) notiert: «Ich bin ein Gegner der in Rußland geltenden Staatsform und ein Gegner der marxistischen Wirtschaftsform. Ich bin aber auch nicht blind dagegen, daß in Amerika der dickste Geldsack regiert. Das war ja auch der Grund, daß die Demokratie in der angeblich demokratischen Weimarer Republik nur auf dem Papier stand. Herr Hugenberg kaufte mit seinem dicken Geldsack die halbe deutsche Presse auf und vernebelte die Köpfe der deutschen Spießer so, daß sie glaubten, sie lebten in einer Demokratie, während in Wahrheit Hugenbergs Geldsack herrschte. Ein einziger Parlamentarier war Mitglied des besoldeten Aufsichtsrates von 46 großen Industriegesellschaften, und um das zu tarnen, war er Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei.» Das Ende war Hitler.

von einem Tag auf den andern abgesetzt, weil er eine Wallace-Versammlung präsidiert hatte. (Die amerikanischen Hochschulen sind meistens Privatanstalten, die von Industriellen, Bankiers usw. finanziert werden, so daß das schwedische Forscherehepaar Alva und Gunnar Myrdal in seinem Buch «Kontakt mit Amerika» sagen konnte: «Nach unserer Meinung ist der Ausbau des höheren Unterrichts der vielleicht wichtigste Faktor in der sozialen Entwicklung Amerikas. Wenn das richtig ist, so sind die Gelder, die (den Hochschulen) von staatlicher und privater Seite so reichlich zur Verfügung stehen, die rentabelste Anlage zur Erhaltung des bestehenden kapitalistischen Gemeinwesens, die überhaupt vorgenommen werden kann.»)

Dabei ist ja Wallace kein grundsätzlicher Gegner des Kapitalismus; er glaubt immer noch an die Möglichkeit eines *«fortschrittlichen»* Kapitalismus und bekämpft nur den *reaktionären* Kapitalismus, namentlich auch den Rüstungskapitalismus, der in den Vereinigten Staaten und in der ganzen kapitalistischen Welt eine so verhängnisvolle Rolle spielt.

«Die Regierung», so schreibt er in der «New Republic», «sollte diejenigen Zweige der Flugzeugindustrie in Besitz nehmen, die aus der Herstellung von Militärflugzeugen Profit schlagen. In den sechs Jahren von 1940 bis und mit 1945 haben die Flugzeugunternehmungen nach Abzug der Steuern im Jahresdurchschnitt 100 Prozent Gewinn auf ihrem Vorkriegskapital gemacht. 90 Prozent der Kapitalanlagen dieser Konzerne, die während des Krieges vorgenommen wurden, sind von der Regierung geliefert worden. Regierungsgeld — Regierungsabsatz — eine sichere Sache. Die Erfahrungen des Krieges mit seinen leichten Gewinnen hat diese großen Konzerne verwöhnt. Ihre Profite hängen jetzt davon ab, daß Militärflugzeuge in großem Stil gebaut werden. Unwiderstehlich treiben sie darum zur großzügigen Bewilligung von Militärflugzeugen. Diese Flugzeugfabrikanten haben ihre warmen Verbündeten in der Wehrmacht ... Wenn wir aus der Flugzeugproduktion die Profite ausschalten, indem wir sie in den Besitz des Volkes überführen, werden wir einen Hauptantrieb zum Krieg ausgeschaltet haben. Ich glaube, daß das Programm für Militärflugzeuge um Milliarden von Dollars herabgeschraubt werden kann, wenn die Generäle ihre profithungrigen großkapitalistischen Bundesgenossen verlieren[1].»

Unter diesen Umständen behaupten zu wollen, von Amerika *könne* keine Kriegsgefahr ausgehen, weil es doch eine Demokratie sei, wäre naiv. Wenn in einem Land eine ganz geringe Minderheit Wirtschaft und Staat beherrscht, durch Presse, Radio, Schulen usw. die

---

[1] Zur Veranschaulichung folgende Meldung:

«*Washington*, 14. Mai. Agence France Presse. Präsident Truman hat am Donnerstag eine Botschaft an das Abgeordnetenhaus gerichtet, worin er es ersucht, einen Kredit von zwei Milliarden und 434 Millionen Dollar für die amerikanische Luftflotte zu eröffnen. Dieser Kredit soll zu den 725 Millionen hinzukommen, die bereits vom Parlament bewilligt worden sind, und ist auch unabhängig von den elf Milliarden Dollar, die im vergangenen Januar verlangt wurden. Die Luftmacht der Vereinigten Staaten soll damit instand gesetzt werden, jährlich 3000 Piloten auszubilden, über 10 000 Flugzeuge erster und zweiter Linie und einen zusätzlichen Bestand von 80 000 Mann zu verfügen.»

«öffentliche Meinung» nach ihrem Willen lenkt und modelt und an Krieg und Kriegsrüstung enorm verdient – was besagt es da noch viel, wenn im übrigen, das heißt soweit die Interessen der herrschenden Schicht nicht ernstlich bedroht werden, die altehrwürdigen Spielregeln der bürgerlichen Demokratie beachtet werden dürfen? Ist bei einer solchen *tatsächlichen* – im Gegensatz zur *geschriebenen* – Staatsverfassung die Gefahr nicht vielmehr recht groß, daß in einer bestimmten Lage den Friedenskräften die Kontrolle über die Kriegskräfte entgleitet? Wobei wir nicht zuletzt auch daran denken wollen, daß im Zeitalter der Atomwaffen und Ferngeschoße ein Krieg auch in der Demokratie von einer ganz kleinen Gruppe von Menschen beschlossen und überfallartig, wahrscheinlich präventiv, eingeleitet würde. Simon Laquedam hat schon recht, wenn er in einem Brief an die Londoner «Tribune» schreibt:

«Der Grundirrtum, den die ‚Tribune' begeht, ist die Annahme, daß die Vereinigten Staaten als Demokratie von vornherein nicht aggressiv seien. Als Sozialist bin ich darüber erstaunt. Angenommen, die Vereinigten Staaten *seien* eine Demokratie, was, neben anderen, zwölf Millionen Neger bestreiten würden, so braucht es ja nur einen Blick in irgendein amerikanisches Geschichtsbuch, um Ihre Behauptung zu widerlegen, daß ‚eine politische Demokratie sich nicht absichtlich für einen Krieg entscheiden könne'. Zum mindesten in zwei Fällen, im Spanisch-amerikanischen und im Mexikanischen Krieg, hat sich gerade *das* ereignet. Man fabrizierte absichtliche Herausforderungen und lenkte planmäßig die öffentliche Meinung; und jetzt, angesichts der amerikanischen Intervention in Griechenland, in der Türkei, in Persien und China, Ländern also, die sämtlich am Rande der Sowjetunion liegen, kann es sich wiederum ereignen. Die öffentliche Meinung kann mit Leichtigkeit gelenkt werden, wenn die Zügel in den Händen weniger Männer liegen. Wenn das für die Sowjetunion gilt, dann gilt es auch für die Vereinigten Staaten.»

England Die innere Politik *Englands* steht weithin im Zeichen jenes Dilemmas des westeuropäischen Sozialismus, von dem ich vorhin sprach. Zwar ist die *Krise der Nationalisierungspolitik*, die soeben auch am Labourparteitag in Scarborough verhandelt wurde, und von der unsere bürgerliche Presse so viel Wesens macht, gewiß nur zum geringsten Teil außenpolitisch – etwa durch die Rücksicht auf den amerikanischen Verbündeten und seine antisozialistische Einstellung – bedingt; sie hängt viel eher damit zusammen, daß die Labourregierung bisher zu wenig der Tatsache Rechnung getragen hat, daß Sozialisierung nicht einfach Verstaatlichung ist, sondern vor allem Vermenschlichung, sagen wir Demokratisierung der Wirtschaft, sein muß, wenn sie dem kapitalistischen Betrieb überlegen sein soll. Aber daß die ganze allgemeine Haltung der Labourregierung durch einen inneren Gegensatz gekennzeichnet wird, der «so oder so» gelöst werden muß, das ist allmählich mit Händen zu greifen. Es ist nicht allein der Gegensatz zwischen einer sozialistisch orientierten Innenpolitik und einer mindestens *nicht* sozialistischen Außenpolitik, an

dem die Labourregierung krankt; vielmehr ist die Innenpolitik Labours selber alles andere eher als eindeutig und in sich geschlossen. F. A. *Ridley* sagt es in der Zeitschrift «Left» vielleicht etwas überspitzt, aber im Grunde doch zutreffend:

«Wie der römische Gott (Janus) hat sie zwei Gesichter, eines der kapitalistischen Klasse zugewandt und das andere ihr ab- und der antikapitalistischen Klasse zugewandt. Oder, um das Gesagte auf eine konkrete, deutliche Formel zu bringen: Die Labourregierung sucht beiden zu dienen, Gott und dem Mammon. Denn indem sie den Kapitalismus zu verwalten und zugleich zu reformieren sucht, setzt sie sich notwendigerweise zwischen zwei Stühle. Durch ihre Reformen und Eingriffe in die ‚geheiligten Rechte' des Privateigentums erregt sie Ärger bei den Klassen, die traditionell mit der alten sozialen Ordnung verbunden sind, während sie sich gleichzeitig die Masse durch Auferlegung immer neuer Lasten entfremdet, die die jetzige Dauerkrise des Kapitalismus sie dauernd aufzuerlegen zwingt.

... In einer scharf in Klassen gespaltenen Gesellschaft mit einem zusammenbrechenden Imperium und der materiellen Grundlage für immer mehr anwachsende Klassenkonflikte kann eine Machtausübung, wie sich deren heute Attlee, Cripps & Cie. unsicher erfreuen, unmöglich lange währen. Es gibt heute in der Tat für England nur *eine* mögliche Alternative, die mit folgenden Worten ausgedrückt werden kann: Entweder den Kapitalismus abschaffen oder ihn mit dem vollen Vertrauen der kapitalistischen Klasse verwalten. Aber das erste bedeutet die soziale Revolution, und das zweite fordert eine Regierung der kapitalistischen Klasse.

... Diese Tatsachen haben eine neue politische Lage geschaffen; eine neue, aber auch alte, schon klassisch gewordene Lage. Denn das, was in Frankreich schon Wirklichkeit geworden ist, und was bald auch über den Kanal nach England übergreifen wird (um so schneller, je eher de Gaulle an die Macht kommt), das ist die vorfaschistische Situation. Wir haben das schon einmal erlebt. Wo? In verschiedenen Ländern, aber am klarsten und ausgesprochensten in Weimar-Deutschland um das Jahr 1930 ... In England haben wir im Grunde dasselbe historische Schauspiel, nur in einem früheren Stadium, etwa dem von 1929/30 vergleichbar, als die Wirtschaftskrise, die zum Schluß Hitler an die Macht brachte und die Weimarer Republik zerbrach, schon zu reifen begann. Zwar wiederholt sich in der Geschichte nichts in genau gleicher Weise, aber die Geschichtsanalogie zeigt sich doch deutlich genug, um wahrgenommen zu werden, und auch um wertvolle Lehren geben zu können.»

Der sozialistischen Aktion wird so in England ein bedenklich enger Spielraum verbleiben, sofern auf dem bisherigen Doppelgeleise weitergefahren wird. Und das beginnt man auf der Labourlinken denn auch mehr und mehr zu empfinden. Nicht das geringste Anzeichen dieses Unbehagens ist das Bemühen, sich durch eine Art «Ersatzhandlungen» das Gefühl zu geben, daß man trotz allem doch noch wisse, was sozialistische Grundsätzlichkeit sei. So wenigstens erkläre ich mir den hartnäckigen, mit fast religiöser Inbrunst geführten Kampf des linken Flügels der Labourpartei um die *Abschaffung der Todesstrafe*, die denn auch, mit Begrenzung auf vorläufig fünf Jahre, vom Unterhaus gegen den Willen der «Tories aller Parteien» (wie man gesagt hat) unter Freuden- und Rührungsausbrüchen der Sieger beschlossen wurde. Sicherlich eine gute und ermutigende Sache; aber was ist das im Vergleich zu den Akten der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, zu denen sich – besonders auf internationalem Gebiete –

das Unterhaus *nicht* aufschwingt, obwohl von ihnen Leben und Tod vieler Millionen Menschen, ja vielleicht die Existenz Großbritanniens selber abhängt? Wenn sich der Geist, der sich in der Abschaffung der Todesstrafe bekundet hat, auch sonst durchzusetzen vermag, dann ist uns um die Zukunft des Labourregimes nicht bange; andernfalls muß es schon recht gut gehen, wenn der noch erstaunlich ehrgeizige und offen nach der Macht strebende Churchill nicht ein zweites Mal ans Ruder kommen soll.

Deutschland Zu einem wahren Kreuz hat sich für die Westalliierten die *deutsche* Frage ausgewachsen. Nicht nur darum, weil die materielle Lage der Mehrheit der Deutschen, besonders der Arbeiter und der Stadtbewohner, andauernd schlecht ist (wenn schon nicht schlechter als diejenige gewisser anderer, von den Deutschen bekriegter Völker!), sondern auch deshalb, weil die Alliierten selbst nicht einig darüber sind, wie es mit Deutschland *besser* werden soll.

Der *amerikanische* Plan steht zwar so ziemlich fest: Eingliederung Deutschlands in den Westblock, Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage, Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung auf den 1. September, Bildung einer deutschen Regierung in Frankfurt, Organisierung eines deutschen Bundesstaates, Erlaß eines neuen Besetzungsstatuts, in dessen Rahmen die Alliierten künftig die Aufsicht über Deutschland auszuüben hätten. *England* scheint im großen ganzen für diesen Plan gewonnen zu sein; es macht namentlich auch keine ernstlichen Einwendungen mehr gegen die Rekapitalisierung der deutschen Industrie. Hingegen zeigt sich *Frankreich* noch etwas widerspenstig; es möchte – im Blick auf eine allfällige militärische Wiedererhebung des «Erbfeindes» – das künftige Deutschland nicht zentralistisch, sondern föderalistisch organisiert sehen und fürchtet vor allem eine Wiederherstellung des *industriellen* Kriegspotentials Deutschlands, soll doch nach angelsächsischem Vorschlag das rheinisch-westfälische Wirtschaftsgebiet keiner interalliierten Aufsicht unterstellt werden, außer für die Ausfuhr von Kohle, Koks und Stahl.

Und tatsächlich wäre auch ein solches Westdeutschland für Frankreich ein recht ungemütlicher Nachbar. Mit seinen 40 Millionen Einwohnern wäre es die stärkste Industriemacht Westeuropas außer England; schon für 1947 sah der alliierte Wirtschaftsplan für Westdeutschland die gleiche Produktion vor, wie sie im Jahre 1936 geleistet wurde, also zu einer Zeit, da das deutsche Wiederaufrüstungsprogramm in voller Ausführung war; und auch die damalige monopolistische Verfassung seiner Wirtschaft soll ja bestehen bleiben und könnte in ähnlicher Weise in den Dienst einer deutschen Kriegspolitik

gestellt werden, wie das unter Hitler der Fall war. Aber in Wirklichkeit ist die Gefahr für Frankreich doch nicht sehr groß; denn *wenn* je das deutsche Kriegspotential wiederum eingesetzt werden sollte, so geschähe das ja nicht gegen Frankreich und den Westen, sondern, unter französischer Mitwirkung, gegen Rußland und den Osten, es sei denn, die russischen Armeen könnten in einem dritten Weltkrieg so schnell nach Westen vorstoßen, daß sie die westdeutsche Industrie für *ihre* Zwecke nutzbar zu machen imstande wären, und das ist doch ein recht unwahrscheinlicher Fall. Es ist darum anzunehmen, die französischen Bedenken gegen den angelsächsischen Deutschlandplan werden irgendwie beschwichtigt werden, vielleicht dadurch, daß – wie früher angedeutet – Amerika die Verteidigung Frankreichs gegen einen allfälligen Angriff von vornherein gewährleistet.

Tschechoslowakei Viel mehr Grund zur Furcht vor einer Wiedererhebung Deutschlands hat die Tschechoslowakei, und es kann als ausgemacht gelten, daß diese Furcht einen Hauptantrieb für den kommunistischen Umsturz oder doch für dessen passive Hinnahme durch die nichtkommunistischen Tschechen bildete. Das Regime Gottwald hat seine Stellung in den letzten Wochen weiter ausgebaut; die wirtschaftlichen und kulturellen Reformen werden energisch weitergeführt, die neue Verfassung ist widerstandslos in Kraft gesetzt worden, und ebenso widerstandslos werden auch die sogenannten Wahlen vor sich gehen, die das zum vornherein festgesetzte Ergebnis haben werden: die Verdoppelung der kommunistischen Mandate und damit die unbedingte Sicherung des neuen Regimes «auf streng demokratisch-parlamentarischer Grundlage». Nach *unseren* Begriffen eine Farce! Warum steht man nicht ehrlich zu der Diktatur, die man gewollt hat und nun unter dem Anschein der Demokratie ausübt, ähnlich wie auch die kapitalistische Klassenherrschaft in den Formen der Demokratie ausgeübt wird, im Kern aber ebenfalls eine ausgesprochene Diktatur ist?

Über die tatsächliche Lage und Stimmung in der Tschechoslowakei hört man – wie übrigens auch über die Verhältnisse in Polen, Ungarn usw. – die allerverschiedensten Urteile, je nach dem Standort des Beobachters. Ein freundlicher Leser schickt mir beispielsweise zu meiner besseren Unterrichtung einen Artikel der «Nation», in dem ein Besucher der Prager Messe die Zustände in düsteren Farben malt: Terror, Korruption und Angebertum in höchster Blüte; «alle schwer erkämpften Rechte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung aufgehoben»; mit dem Stachanowsystem werde «aus der Arbeiterschaft schon jetzt das Letzte herausgepreßt»; an der Grenze Zollschikanen, im Hotel Verlotterung und verschlechterte Verpflegung, unter der Bevölkerung Mangel und Gedrücktheit. Eine Klasse von Neureichen –

die Nutznießer des Regimes – mache sich freilich in herausfordernder Art bemerkbar; so erzähle man sich, daß Madame Gottwald jetzt im gleichen Modegeschäft arbeiten lasse, in dem Frau Benesch seit vielen Jahren Kundin sei (wirklich unerhört!). «Als Frau Gottwald kürzlich dort erschien, wurde sie wie üblich mit ‚Küß die Hand, gnädige Frau' begrüßt. Die Antwort soll gelautet haben: ‚Ich bin keine gnädige Frau, ich bin eine Exzellenz und die zweite Dame der Republik.' (Frau Gottwald war früher Hausgehilfin.)» Solche Geschichten werden uns in einem «linksstehenden» Schweizer Blatt vorgesetzt!

Auf der andern Seite heißt es in einem Privatbrief, den ich aus der Tschechoslowakei erhalte:

«Die Oppositionsfreiheit ist vollkommen bewahrt und durch die neue Konstitution garantiert. Die Wahlen werden nicht ‚das Zerrbild einer echten Volksbefragung' sein, wie Sie vermuten. Die Opposition hat volle Freiheit, sich zu organisieren, jeder Bürger kann eine selbständige Kandidatenliste aufstellen, wenn er tausend Unterschriften aufbringt (kein Einlagegeld). Wenn also bei unseren Wahlen keine organisierte Opposition auftreten wird, so wird Ursache dessen nicht die Unterdrückung der Opposition sein, sondern ihre Feigheit. Außerdem kann jeder Wähler einen leeren Stimmzettel abgeben, und diese Stimmen werden als Stimmen gegen die Regierung gezählt. Es wird also interessant sein, wie viele solche Stimmen abgegeben werden.

Es ist wahr, daß wir in der Tschechoslowakei zielbewußt auf die Einheit des Volkes hinarbeiten; aber diese Einheit fassen wir nicht als totalitäres Machtsystem auf, sondern als eine innere, freiheitliche Einheit. Des ‚demokratischen' Machtkampfes sind wir schon satt geworden, wir wollen uns einer friedlichen Aufbauarbeit widmen.»

Von den aus der Tschechoslowakei geflohenen Gegnern des neuen Regimes meint der Briefschreiber, viele von ihnen hofften, im Auslande für ihre Dienste gut bezahlt zu werden, und fügt hinzu: «Nebenbei: Als Jan Masaryk im Herbst vorigen Jahres aus den USA zurückkehrte, sagte er in London zu seinen Freunden: Wenn Sie wüßten, wieviel Dollar man mir anbot, wenn ich nicht mehr in mein Vaterland zurückkehrte!»

Wertvoll sind mir namentlich auch die Bemerkungen, die mir einer unserer religiös-sozialen Freunde, Dr. Franz *Keller* in Zürich, auf Grund eines Aufenthaltes in der Tschechoslowakei zur Verfügung stellt:

«Als im Sommer 1945 auf dem Balkan die ersten Volksdemokratien entstanden, hat *Ragaz* in den ‚Neuen Wegen' festgestellt, daß diese dem demokratischen Denken des Westens nicht entsprechen. ‚Aber', fuhr er Seite 449 weiter, ‚es stellt sich bei tieferem Nachdenken doch die Frage ein, ob eine schablonenhafte Anwendung dieser demokratisch-parlamentarischen Formen des Westens wirklich das ist, was die östlichen Völker in erster Linie nötig haben. Haben sie nicht in erster Linie eine *soziale Revolution* nötig? Müssen sie nicht in erster Linie von der halb feudalen, halb bourgeoisen Ausbeutergesellschaft befreit werden, durch die sie so lange versklavt und von einem Unheil in das andere gestürzt worden sind? Hat sich aber jene Gesellschaft nicht gerade hinter die scheindemokratischen Formen

versteckt? Und steckt nicht hinter der angelsächsischen Opposition neben einem echt demokratischen Denken und Empfinden auch der Wille, jene soziale Revolution zu verhindern?'

So Ragaz. Seine Fragen und seine Aufforderung zum ‚tieferen Nachdenken' haben mich seither nie mehr in Ruhe gelassen. Sie führten schließlich dazu, daß ich selber nach Prag reiste, als auch dort die Volksdemokratie geschaffen wurde. Ich konnte mit hoch und niedrig, arm und reich, Freund und Feind der Regierung sprechen. Ich kann Crossman zustimmen, daß kein aufgeregter, kein blutiger Terror im Lande herrscht, sondern daß dieser ‚sehr ruhig und kalt' ist, d. h. also, daß der Gegner bloß nicht mehr wagen darf, in der Zeitung und in Versammlungen gegen die neue nationale Front aufzutreten. Im privaten Gespräch, aber auch im Restaurant, im Laden, ja selbst auf der Straße haben wir dagegen sehr kritische Stimmen vernommen; Unbekannte haben uns angesprochen und uns vor den Kommunisten gewarnt. Ein Drogist hat uns im Laden vor den Kunden erklärt, gegen die neue Ordnung zu sein, aber nicht minder empört zu sein, daß man in der Schweiz von einem tschechischen Terror spreche.

Auf unser näheres Befragen haben er, wie auch viele andere Gegner, die wir kennenlernten, erklärt, daß sie bis jetzt eigentlich überhaupt noch nichts zu leiden hatten unter dem Umschwung; im Gegenteil: die Steuern werden für die kleinen und mittleren Leute gesenkt, dem Schwarzhandel wird ganz anders zu Leibe gerückt, so daß sich der Lebensstandard für die breiten Schichten hebt. Auch aus Rußland sind vermehrte Lieferungen zu erwarten, nachdem der russische Freund das Land bereits vor den schlimmsten Folgen der Dürre bewahrt hat. Man ist nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch im Mittelstand überzeugt, daß die bürgerliche Opposition durch Korruption und Sabotage die Staatswirtschaft zu schädigen suchte. Wenn man in den vornehmen Hotels und Restaurants den verbitterten, ja verzweifelten Kapitalisten ins Antlitz schaut oder mit ihnen spricht, dann traut man ihnen diese hinterlistigen Mittel zu. Es handelt sich, wie Ragaz mit großer Einfühlung betont hat, in der Tat um eine ‚halb feudale, halb bourgeoise Ausbeutergesellschaft', die sich auch jetzt wieder ‚hinter die scheindemokratischen Formen versteckt' hat.

Aber warum denn Skepsis und leise Furcht auch im Mittelstand, obschon man dessen Eigentum an Läden, Werkstätten, Häusern (wenn nicht mehr als vier Partien darin wohnen) nicht antastet, und obschon man ihm die Lebensmittel und die Steuern billiger zu machen sucht? Der ‚sehr ruhige Terror' rührt bei den linksbürgerlichen Leuten daher, daß Vermutungen und Gerüchte zirkulieren, daß das Konzentrationslager, der Arbeitszwang und die Mißwirtschaft dann später kämen. Bei den Arbeitern, der Mehrheit der Studenten und auf den Parteisekretariaten herrschen keine solchen Sorgen. Hier fand ich ein beglückendes, ein ansteckendes Gefühl der Zuversicht, der Befreiung von den Gefahren der Reaktion. Hier hat das Volk das Gefühl, endlich selber zu herrschen. Man glaubt auch nicht an den Krieg, weil man darauf vertraut, daß die Russen ihn nicht provozieren, und daß auch die Amerikaner davor zurückschrecken. Der Optimismus, die soziale Gesinnung und die Schaffensfreude der Anhänger der Nationalen Front erlauben mir die Behauptung: Volksdemokratie heißt zumindest in der CSR: Herrschaft der Gutgesinnten!»

Es sei dem Leser überlassen, sich aus diesen und andern Berichten sein eigenes Urteil über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei zu bilden, ein Urteil, das zuletzt eben von dem Vertrauen zu der Quelle abhängt, aus der man schöpft. Ich für meinen Teil glaube, daß die Mehrheit des tschechischen Volkes die zweite, unter kommunistischer Führung vor sich gehende Revolution ebenso bejaht wie sie die erste,

linksbürgerlich-demokratische Revolution nach der Befreiung bejaht hat. Daß ich die *Mittel*, mit denen diese Revolution eingeleitet worden ist, ablehne, brauche ich kaum zu wiederholen.

Italien Eine Wiederholung der tschechoslowakischen Revolution in *Italien* ist nun ja durch den erwarteten Sieg der Regierungsparteien bei den Parlamentswahlen abgewendet worden. Aber der Sieg de Gasperis war ein Pyrrhussieg. Er hat nicht nur eine kommunistisch-linkssozialistische Revolution in die Ferne gerückt, sondern jede einigermaßen durchgreifende soziale Revolution überhaupt. Wenn aber nicht durch radikale Wirtschaftsreformen den Kommunisten der Boden entzogen wird, so wird das Elend der landlosen Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter und die womöglich noch größere Not und Verkommenheit der unteren Schichten des städtischen und industriellen Proletariats – es gibt jetzt zu allem hinzu schon wieder zwei Millionen Arbeitslose – zu derartigen sozialen Spannungen führen, daß bürgerkriegsartige Ausbrüche sehr zu besorgen sind. Und dann stellen die acht Millionen Kommunisten und Linkssozialisten – fast ein Drittel der gesamten Wählerschaft – eine Macht dar, mit der sogar die de Gasperis zu rechnen lernen werden.

Oder sind vielleicht die herrschenden Parteien doch zu gründlichen Wirtschaftsreformen fähig? Das ist schwer zu glauben. Die eigentlichen Sieger bei den Parlamentswahlen, und das heißt die wirklichen Beherrscher Italiens, sind ja die Römische Kirche und der Großgrundbesitz auf der einen Seite, das von Amerika gestützte Finanz- und Industriekapital auf der andern Seite. Und beider Absicht ist selbstverständlich gerade, jede grundlegende Neugestaltung der italienischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur zu *hintertreiben*. Man wird darum die Ankündigung einer Agrarreform, die den Kleinbesitz stark vermehren solle, durch die Regierungspresse mit der gebührenden Vorsicht aufnehmen müssen. Und was vollends die Überwindung der ausbeuterischen, korrupten Finanz- und Industriemächte – die Voraussetzung für eine wirkliche Entproletarisierung der Arbeiterbevölkerung – betrifft, so stehen einer derartigen Umwälzung nicht nur die Interessen des italienischen Großbürgertums im Wege, das in dem nun zum Staatspräsidenten gewählten Professor und Nationalbankdirektor Einaudi seinen liberalistischen Theoretiker und den einflußreichsten Praktiker der verhängnisvollen Deflation hatte; ein derartiges Unterfangen würde besonders auch auf den Widerstand des *amerikanischen* Kapitalismus stoßen, der in den Marshall-Lieferungen eine äußerst wirksame Waffe in der Hand hat und seine umfangreichen Geldanlagen in Italien – sie werden auf mindestens eine halbe Milliarde Dollar geschätzt – auch sonst zu verteidigen wüßte.

Und der italienische *Sozialismus*? Von ihm ist fürs erste kaum viel

zu erwarten. Es ist das alte Elend, das wir auch aus andern Ländern kennen: die demokratischen und humanistischen Elemente im Sozialismus sind lau, matt oder verbürgerlicht; die radikalen Elemente aber sind großenteils nur gemäßigte Kommunisten, ohne eigene, tiefere Begründung ihres Sozialismus. Und daß so halbschlächtige Bruchstücke von den ganzheitlichen Kräften zur Rechten wie zur Linken mit fast magnetischer Kraft aufgesogen oder doch neutralisiert werden, das ist sozusagen ein Naturgesetz. Woher soll dann aber die Kraft für eine gleichzeitig tatkräftige *und* freiheitliche Erneuerung von Staat und Wirtschaft in Italien kommen? «Wenn das Salz fad wird, womit soll man ihm seine Würze wiedergeben?»

Frankreich Womöglich noch bemühender steht es um den Sozialismus in *Frankreich*. Führen wir einfach an, was der «Berner Tagwacht» aus Paris berichtet wird:

«Man mag es drehen und wenden, wie man will, es läßt sich nicht mehr übersehen, daß sich innerhalb der Sozialistischen Partei Frankreichs, der SFIO[1], ein bedenkliches Malaise breitmacht ... Der ‚Populaire', das Parteiblatt, steht am Rande des Bankerotts ... Die Krise des ‚Populaire' ist natürlich eine Parallelerscheinung der Schwierigkeiten innerhalb der SFIO. Ihre Wurzel ist in der wenig glücklichen Politik der sozialistischen Regierungsmitglieder und Parlamentsfraktion zu suchen. Die Tatsache, daß innerhalb der Regierungskoalition die bürgerlichen Parteien alle ihre wesentlichen Forderungen durchzusetzen verstanden und die SFIO immer wieder klein beigab, daß unter der von ihr mitzuverantwortenden liberalen Wirtschaftspolitik der Regierung Schumann die Preise ungeheuerlich gestiegen und die Löhne dem nicht nachgekommen sind, daß die Lebensmittelversorgung nach wie vor nicht funktioniert, die städtischen Arbeitermassen ein immer elenderes Dasein haben, daß die Reaktion frecher denn je ihr Haupt erhebt, die Pétainisten und Vichyaner frei herumlaufen, Frankreichs Außenminister sich dem faschistischen Spanien an den Hals wirft, all das hat viele alte, treu ergebene Parteimitglieder stutzig gemacht. Kein Geringerer als der Generalsekretär der SFIO, Guy Mollet, selbst hatte auf dem Kongreß von Lyon konstatiert, daß manche der Parteiführer mehr an ihren Ministersesseln hängen als an der sozialistischen Idee. Die Folgen zeigen sich jetzt in einem betrüblichen Rückgang der Wählerstimmen, der Parteimitglieder, der Leser der Parteipresse ... Eine sozialistische Partei kann es sich bei Strafe ihres Untergangs eben nicht leisten, gegen ihre eigenen Grundideen, gegen ihr eigenes Programm Politik zu machen.»

Auch sonst steht die «Dritte Kraft», zu der die SFIO gehört, auf schwachen Füßen. Die Koalition der Mitte, die weder Fisch noch Vogel ist, kann sich nur noch faute de mieux halten. Zwar bessert sich die Wirtschaftslage auf wichtigen Gebieten erfreulich; die Ernte verspricht gut zu werden, und die Kohlenförderung scheint genügend. Aber es will trotz aller Deflationspolitik nicht gelingen, der langsam, aber dauernd wachsenden Teuerung zu wehren; die Preise stehen heute mindestens 20 Prozent höher als im Dezember 1947, zu der

[1] Section Française de l'Internationale Ouvrière, Französische Sektion der Arbeiter-Internationale.

Zeit also, da die Streikbewegung ihren Höhepunkt erreichte und von der Regierung gewaltsam gebrochen wurde. Wenn René Mayer, der französische Einaudi, der Teuerungswelle nicht bald Einhalt zu gebieten weiß, dann drohen neue Arbeitskämpfe das höchst labile Gleichgewicht auch der politischen Kräfte abermals gefährlich zu erschüttern.

Palästina In den letzten Tagen hat sich das terroristische Regime in *Griechenland* durch die Hinrichtung von über 1300 «Verbrechern» – Teilnehmern am Aufstand von 1944 gegen die Restaurierung der Reaktion – der Weltöffentlichkeit erneut in Erinnerung gerufen. Es ist zwar ganz bezeichnend, wie in *diesem* Falle das «internationale Gewissen» anschlägt, das immer so pathetisch aufschäumt und die massivsten Drohungen ausstößt, wenn in den «Volksdemokratien» politische Justiz geübt wird – eine Justiz, die hundertmal menschlicher ist als die in Griechenland geübte, die in den westlichen Demokratien jetzt nur außerordentlich vorsichtig stilisierte Proforma-Proteste auslöst. Aber wir sind diese doppelte Buchführung ja allmählich gewöhnt, so daß ich es mir schenken kann, nochmals darauf einzutreten, und lieber noch etwas Platz für *Palästina* gewinnen will, wo gerade in diesen Tagen entscheidende, große Dinge geschehen.

Die Weigerung der beiden angelsächsischen Mächte, die Teilung Palästinas gegen den Willen der Araber durchzusetzen (der Araber, die man sich eben als Herren der Petrolgebiete und als mögliche Bundesgenossen gegen Rußland warm halten muß), hat nicht verhindern können, daß diese Teilung nun doch Tatsache geworden ist: durch die bewaffnete Selbsthilfe der Juden. Bis zum heutigen Tage hat die jüdische Armee mindestens vier Fünftel des dem Judenstaat zugesprochenen Gebietes in ihre Hand gebracht, zum Teil sogar Städte wie Jaffa, die nach dem Teilungsplan hätten arabisch bleiben sollen. Das ist ein erstaunlicher Erfolg, erklärbar einzig durch das Bewußtsein der Juden, daß sie buchstäblich um ihr Leben und um die Rettung ihrer großen Sache kämpfen. Die am 14. Mai 1948 erfolgte *Ausrufung des neuen Staates Israel*, der überraschenderweise sofort von den Vereinigten Staaten von Amerika anerkannt wurde, stellte unter diesen Umständen nur die Anpassung des Rechtszustandes an eine bereits geschaffene tatsächliche Lage dar, bleibt aber trotzdem ein weltgeschichtliches Ereignis ersten Ranges. Denn so klar es uns stets sein wird, daß ein jüdischer Nationalismus ein Widerspruch in sich selber ist, weil eben die Juden kein Volk «wie die andern Völker» sind, sondern ein Religionsvolk und als solches ein Typus, ein Vorbild und eine Mahnung für *alle* Nationen, so wahr bleibt es doch, daß sie gerade deshalb festen Boden unter den Füßen brauchen, um ihre über-

weltliche Sendung erfüllen zu können. Und ihre bewundernswerten Leistungen in der alten Heimat geben ihnen ein doppeltes Recht darauf, diesen Fleck Erde als Treuhänder frei zu verwalten und zu entfalten.

Wie und ob mit dem Zionsgedanken der blutige Kampf um das Existenzrecht des Judenvolkes vereinbar sei, das ist eine Frage für sich, die wir hier um so weniger zu erörtern haben, als ja auch die Christen noch nicht über diesen Weg, nationales Leben zu behaupten, hinausgekommen sind. Und wieder eine andere Frage ist, ob es dem neuen Staat gelingen wird, sich gegenüber der Feindseligkeit der arabischen Völker – oder ihrer Oberklassen – und der Gleichgültigkeit und Treulosigkeit der übrigen Welt durchzusetzen. Sein gefährlichster Gegner ist König Abdullah von Transjordanien, eine Kreatur Englands, das ihn mit Geld, Militärinstruktoren und Kriegsmaterial aller Art aushält, ohne deswegen freilich die Sympathie der arabischen Welt zu gewinnen. Aber allem nach scheint Israel mindestens für absehbare Zeit nicht nur den Streitkräften Abdullahs, sondern auch denjenigen anderer arabischer Staaten gewachsen zu sein, deren bisherige Taten ihren großen Worten nur sehr wenig entsprechen. Die Hoffnung ist darum berechtigt, Juden und Araber werden über kurz oder lang zu einer Verständigung kommen, die den Bestand eines jüdischen Gemeinwesens endgültig sichere und darüber hinaus eine Lösung des vorderasiatischen Gesamtproblems anzupacken erlaube. Daß dabei, neben den arabischen Feudalherren und städtischen Grundbesitzern, namentlich auch die ausländischen Ölkapitalisten in den Senkel gestellt werden müßten, ist freilich klar, wird doch, wie ein Korrespondent der Worldover Press richtig meinte, «Palästina wenig Frieden kennen, solange Blut billiger ist als Öl». Aber wer soll dieses große Werk eigentlich an die Hand nehmen? Die UNO, deren selbstgewollte Ohnmacht zum Gespött der ganzen Welt geworden ist? Oder ein ad hoc gebildetes Mächtekonsortium? Oder wer dann sonst?

Die notwendige Revolution

Vielleicht daß auch im Vorderen Orient großzügige Aufbauarbeit eben erst geleistet werden kann, wenn die grundlegende Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gesichert sein wird, von der wir in der Einleitung dieser Rundschau sprachen. Und damit sind wir wieder bei unserem Ausgangspunkt angelangt, uns noch einmal die Frage stellend, wie sich die westliche Welt, die Welt der bürgerlichen Kultur und des Spätkapitalismus, grundsätzlich mit dem vom Osten her vordringenden *Kommunismus* auseinandersetzen wolle.

Vergegenwärtigen wir uns dabei von vornherein, daß der Kommunismus eine *Religion* im spezifischen Sinne des Wortes ist. Wie es

der frühere Redakteur am kommunistischen «Daily Worker», Douglas *Hyde*, der vor einiger Zeit zum römischen Katholizismus übergetreten ist, im «Catholic Herald» von sich bekennt:

«Ich hatte im Christentum nichts gefunden, das mir ein Ziel für meinen jugendlichen Enthusiasmus und Idealismus gegeben hätte; kein Zielbewußtsein, das mit demjenigen der Kommunisten vergleichbar gewesen wäre. Die Christen waren voller Nachsicht; die Kommunisten hatten große Ungeduld mit allem, was nicht richtig in der Welt war. Die Christen, die ich kannte, waren offenbar auch nach zweitausend Jahren noch nicht im klaren darüber, was sie glaubten; die Kommunistische Partei wußte schon nach ein paar Jahren genau, wo sie stand und was sie wollte. Die Christenheit hatte vor Hunderten von Jahren ihre Märtyrer, aber der moderne Durchschnittschrist schien ganz gut ohne Schwierigkeiten durchzukommen; die Kommunisten hatten eine Fülle zeitgenössischer Märtyrer, in Asien, auf dem Balkan, sogar in Amerika.»

Dieser Sachverhalt steht hinter der Anziehungskraft und dem Einfluß, den der Kommunismus heute als revolutionäre Macht auf die nach Befreiung dürstenden Klassen und Völker ausübt. So sieht es, vom französischen Standpunkt aus, auch Camille *Val*, wenn er im «Socialiste Chrétien» schreibt:

«Unter den sozialistischen Kräften stellt die Kommunistische Partei unbestreitbar die einzige derzeit organisierte Bewegung dar, die von revolutionärem Willen beseelt und entschlossen ist, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um den Weg eines totalen Sozialismus zu betreten. Dieser Wille zum Bruch mit dem kapitalistischen Sumpf ist völlig auch der unsrige, und wir fühlen uns in diesem Punkt durchaus mit ihr einig... Wir wissen auch, daß eine Revolution immer eine schmerzensreiche Geburt ist, und daß das ausschließliche Streben nach Reinheit der revolutionären Mittel zuletzt zur Ohnmacht und Unfruchtbarkeit führt.»

Aber, so fährt Camille Val fort, der Kommunismus ist nicht nur eine sozial- und wirtschaftsrevolutionäre Bewegung:

«Er sieht den Marxismus nicht bloß als eine Methode zur Erforschung und Erkenntnis der Geschichte von Vergangenheit und Gegenwart an, auch nicht nur als Wegweiser zum Handeln, sondern ebenso sehr als Philosophie ... Im Namen dieser Philosophie und der Weltanschauung, die sie verlangt, sind die Kommunisten gegen die religiösen Auffassungen und bekämpfen sie. Wir glauben an die Überweltlichkeit eines fleischgewordenen Gottes, sie glauben nur an die Vernünftigkeit der Dinge und der Natur ... Um wirklich und gültig zu sein, muß die Revolution auch ständig um den Menschen besorgt sein. Sie muß zwischen den Trümmern der alten bürgerlichen Werte und unter der Schändung, die diese zudeckt, die ewigen sittlichen Werte wieder aufdecken. Die besten wirtschaftlichen Gebilde können unmenschlich sein. Der Geist des Ameisenstaates ist die Gefahr, die uns immer wachhalten muß ... Unser Ziel ist der Mensch, den wir groß, frei, voll entfaltet wissen wollen.»

Was uns völlig aus dem Herzen gesprochen ist, weil es zugleich den Weg zur *rechten* Überwindung des Kommunismus zeigt. Denn daß der Kampf gegen den Kommunismus und die Sowjetunion, wie er jetzt geführt wird, nämlich vom Boden der bürgerlichen Gesellschaft aus und mit ihren Mitteln: Geld, Propaganda, moralischem und obrigkeitlichem Druck, Militärmacht und gar Kriegsdrohung, daß dieser

Kampf von Grund auf verfehlt ist und nur in einer Katastrophe enden kann, wenn er fortgesetzt wird, das sollte nun eigentlich für jeden Sehenwollenden klar vor Augen liegen. Wir sagen es zum hundertstenmal: Der Kommunismus wird nur besiegt werden, wenn wir den Mammonismus besiegen, und das heißt: wenn wir einen neuen, echten Glauben gewinnen, der uns täglich antreibt, die alte Welt des Geldes, der Übervorteilung und Ausbeutung, der Zerrissenheit in feindselige Klassen und Nationen, der Gewalt und des Militarismus umwälzen zu helfen.

Ein *neuer Sozialismus* tut not, der von diesem Glauben getragen wird und die ihm heute anhaftende klägliche Ohnmacht abstreift, ein *revolutionärer* Sozialismus, wie er – der kommunistischen Lehre zum Trotz – auch auf dem Boden der kapitalistisch verfälschten Demokratie möglich ist, wenn er nur die Menschen findet, die ihn leben und vertreten. Ein bloß reformistischer, bürgerlich entarteter Sozialismus wird mit den furchtbaren Mächten, die hinter dem Kapitalismus stehen, nie fertig werden; *ihm* wird der Kommunismus stets überlegen sein, nicht aber einem Sozialismus, der zu seinen tiefsten Quellen zurückkehrt und aus ihnen die Kraft für seinen großen Kampf schöpft.

Höher steigend, wiederholen wir aber, was so oft in diesen Blättern mit Vollmacht verkündet wurde: ein neues Verständnis der *frohen Botschaft* tut not, eine neue Verwirklichung der Sache Christi. «Sie wird *Revolution* sein – und zwar auch eine Revolution von einem Radikalismus, den wir heute noch kaum zu fassen vermögen –, diese Revolution vom Christentum zum Reiche Gottes hin», um Leonhard *Ragazens* Worte zu gebrauchen. Daß die hier gemeinte Revolution unter uns aufbreche und ein Feuer entbrenne, das wir «durch alle Lande gehn» sehen werden – das bleibt über die Pfingsten hinaus die große Sehnsucht unseres Lebens. Und wenn wir etwas dazu beitragen können, daß diese Revolution komme, dann wollen wir es mit Freudigkeit und Festigkeit tun.

18. Mai 1948. *Hugo Kramer.*

Ein tschechoslowakischer Sozialist über den Umsturz in der Tschechoslowakei

In der Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich sprach am 20. Mai Dr. Frantisek Plasil, nachdem er bereits an der Pfingsttagung des «Escherbundes» referiert hatte. Das «Volksrecht» berichtet über die Delegiertenversammlung unter anderm folgendes: